



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/298 - 28. Dezember 1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Hinweise  
auf den Inhalt:

Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 039 890

Krisen liberaler und konfessioneller Parteien	S. 1
Grenzen der Parteimöglichkeiten im Nahen Osten	S. 3
Die CSU und die Bayernkoalition	S. 5
Zur Ernennung des Botschafters Hans für Moskau	S. 7

---

## Parteispaltungen im Zeichen der sozialen Frage

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

In der letzten Zeit häufen sich in der Politik verschiedener europäischer Staaten die Fälle von Partei-Spaltungen oder von innerparteilicher Desintegrations-Prozessen, die oft für die betreffende Partei noch schlimmere Wirkungen haben können als eine eigentliche Spaltung. Dieses Phänomen der gegenwärtigen europäischen Politik weist zwei feststehende Erscheinungen auf: befallen sind davon in erster Linie liberale und konfessionelle Parteien, und das auslösende Moment der Spaltung ist immer die soziale Frage, bzw. Differenzen über die Wirtschaftspolitik, die auf sozialen Überlegungen beruhen. Das alles beweist, dass ein grosser Teil des politischen Bürgertums in Europa seine relative Stabilität wesentlich nur der andauernden Hochkonjunktur verdankt, im Grunde genommen jedoch über keine einheitliche Wirtschafts- und Sozialpolitik verfügt.

Am meisten zu reden gab in der letzten Zeit die Spaltung der Radikalen Partei Frankreichs, einer Partei, die man gewisse zum Lager des Liberalismus zählen darf, umso mehr als in diesem Lager ja von Clement Davies bis Middelhaufe sehr vieles Platz hat. Ja, die Wahlen in Frankreich stehen beinahe im Zeichen dieser Spaltung, und so unübersichtlich die Wahlsituation auch ist, so haben die Vorgänge in der

Radikalen Partei die bürgerlichen Wähler doch gezwungen, eindeutig Stellung nehmen zu müssen: entweder für die "Republikanische Front", der die Sozialisten und die Radikalen von Mendés-France angehören und die eine soziale und wirtschaftliche Neugestaltung Frankreichs anstrebt, oder für die konservative Rechte, als deren führender Kopf der gegenwärtige Ministerpräsident Faure gilt, der aus der Radikalen Partei ausgeschlossen worden ist und der in seiner bisherigen Amtszeit bewiesen hat, dass er in sozialen und wirtschaftlichen Fragen auf ausgetretenen Wegen wandert.

Weniger Staub aufgewirbelt haben gewisse Vorgänge in Italien, die aber für die innenpolitische Entwicklung in diesem Lande vielleicht noch wichtiger werden können als die Vorgänge bei den Radikalsozialisten für Frankreich. Es besteht in Italien nach wie vor die Möglichkeit einer sehr weit nach links ausgerichteten Regierungsbildung. Sie besteht nicht zuletzt deshalb, weil es innerhalb der katholischen "Democrazia Christiana", der Partei des früheren Ministerpräsidenten De Gasperi, ja selbst innerhalb der Parlamentsfraktion dieser Partei einen Flügel gibt, der Bereitschaft zeigt, mit den Linksozialisten Nenni zusammenzuarbeiten, die beinahe unzertrennlich mit den Kommunisten verbunden sind. Ein Mann wie der gegenwärtige Ministerpräsident Segni, hinter dem der sehr aktive Staatspräsident Gronchi steht, wird vom rechten Flügel der Partei, dem der ehemalige Ministerpräsident Pella anführt, dauernd unter Druck gesetzt und zur Untätigkeit gezwungen. Pella und Scelba arbeiten daraufhin, Segni zu stürzen, da er ihnen zu "links" ist, mit dem Resultate, dass der für eine fortschrittliche Sozialpolitik der Partei eintretende linke Flügel nach Kontakten mit Nenni Ausschau hält...

Gleichzeitig hat sich auch in Italien die Liberale Partei gespalten, und zwar in einen linken Flügel unter dem "roten Grafen" Carandini, der sich den Namen "Radikale Partei" gegeben hat, und eine Liberale Restpartei, in der im Augenblick zwar noch Elemente der Mitte dominieren, die jedoch voraussichtlich über kurz oder lang unter den Einfluss des rechten Flügels geraten wird, der die Interessen des Grossgrundbesitzes vertritt und in derart reaktionären Vorstellungen befangen ist, dass man den Liberalismus dieser Leute mit dem Mikroskop suchen muss.

Da alle diese Parteien in Frankreich und Italien schon zu Zeiten der Hochkonjunktur derartigen programmatischen Zerreihsproben unterworfen sind, kann man sich leicht vorstellen, mit welcher überzeugender Geschlossenheit und programmatischen Klarheit sie in der Lage wären, einer Wirtschaftskrise zu begegnen.

### Der Fall Jordanien und das westliche Bündnisystem

Dr. R. Mac Millans kurze Amtsperiode in der Aussenpolitik stand nicht gerade unter einem guten Stern. Als letzte Niederlage kann er die unerwarteten Schwierigkeiten verbuchen, die Jordaniens Beitrittsabsichten zum Bagdadpakt auslösten. Aber auch der Westen in seiner Gesamtheit muss das Jahr 1955 im Fahren Osten - nicht anders als in Südeisen - mit einer Verlustbilanz abschliessen, wenn er alle Faktoren richtig einschätzt.

Die jordanischen Ereignisse kamen unerwartet. Nach seiner ganzen Struktur ist das Land ein autoritär regierter Staat, in dem es zwar einen Ministerpräsidenten und ein Parlament, aber kaum ein echtes Mitspracherecht der Parteien gibt. Ausserdem war der britische Einfluss, dank der von London finanzierten Arabischen Legion, die einmal eine echte britische Kolonialtruppe war mit arabischen Soldaten und britischen Offizieren, fest gesichert, wie es den Anschein hatte. Der König Hussein, in England erzogen und ausgebildet, samt seinem Hofe waren, so schien es, eine ausreichende Garantie, dass in Amman englische, also westliche Politik getrieben wurde. Doch mussten sie bei einem Volke scheitern, das noch kein Staatsvolk ist, das zufällig zu Jordanien geschlagen wurde: es hätte ebensogut heute ägyptisch oder syrisch sein können. Es kam hinzu, dass die Hälfte der Bevölkerung aus Flüchtlingen besteht, die Israel verliessen und sich seitdem auf jordanischen Boden aufhalten, schlecht und recht vegetierend.

An diese Massen mag man nicht gedacht haben, als in den Regierungsstuben von Amman, air-conditioned, die Vorzüge eines Paktbeitritts besprochen wurden. Konnte Hussein überhaupt andere Wünsche haben als die englische Nahostpolitik? Für ihn und seinen Anhang war das Zusammengehen mit England durch Dick und Dürr eine beschlossene Sache. Das Kabinett Haja Majali machte dem König keine Schwierigkeiten; es unterstützte die Paktpläne - genau vier Tage, dann musste es auch zurücktreten, denn inzwischen hatten die ungefragten Jordanier ihren Behörden klagend gemacht, dass sie anders denken als ihr König und sein Anhang. Die Erregung der Araber richtete sich wie stets in dieser leicht entflammten Gegend gegen die sichtbaren Repräsentanten der Mächte, die Jordanien gern in den Bagdad-Pakt hinein haben wollen. So gab es erhebliche und peinliche Ausschreitungen gegen die Konsulate der

USA, Frankreichs und der Türkei; der türkische Generalkonsul musste sich sogar in den israelischen Teil Jerusalems flüchten, was angesichts der Abkühlung des Verhältnisses Türkei-Israel besonders auffällig ist.

Unter dem Druck dieser nach wie vor offiziell geleugneten Unruhen ist das Kabinett erst zurückgetreten, und der König hat das, was sich Parlament nennt, nach Hause geschickt. Selbst die britische Diplomatie empfindet kalte Füße beim Gedanken, in der heutigen Situation den Paktbeitritt Ammans weiter zu betreiben. Dabei würde es Hussein sicher beruhigen, zu wissen, wer in Zukunft seine kostspielige Arabische Legion, deren Kosten die finanziellen Möglichkeiten Jordaniens weit überschreitet, unterhalten wird. In den Besprechungen war abgemacht worden, dass der Irak und die anderen Signatarmächte des Paktes die Finanzierung übernehmen sollten. Solange England zahlt, hat es ein erhebliches Druckmittel in der Hand. Der militärische Vorteilhöhe sich aber auf, wenn der Eintritt Jordaniens in den Pakt mit Dauerunruhen im Lande bezahlt werden müsste. So sicher sind auch die jungen Throne nicht mehr, dass ihre Inhaber damit spielen könnten.

Wer steckt nun hinter den Aktionen der jordanischen Araber? Man denkt immer erst zunächst an die Kommunisten und die Sowjets. Darin die Ursache in diesem Fall zu suchen, wäre grundverkehrt. Denn unter den Nomaden gibt es keine Kommunisten; unter den Flüchtlingen mag es solche geben. Viel einleuchtender wäre es, in Kairo nachzufragen, das im Bagdadpakt einen Gegenschlag gegen seine neutralistische Arabienpolitik sieht. Die Flüchtlinge, die seit Jahren auf die Rückkehr in ihre heimischen Distrikte warten, sind leicht aufzustacheln, wenn man ihnen sagt, dass an eine Rückkehr nicht zu denken ist, sobald erst die Mehrheit der arabischen Staaten aus der antiisraelischen in die antisowjetische Front eingeschwenkt ist. Nur das brauchten ihnen Kairos Emissäre klarmachen, um sie zu Zusammenrottungen zu verleiten. Der brodelnde Kessel lehrt, dass am runden Tisch auch im halbfeudalen Arabien nicht mehr Politik ohne Rücksicht auf die Massen gemacht werden kann.

Ein Jahr Koalition

von Waldemar von Knoeringen, Landesvorsitzender der SPD

Über ein Jahr hat nunmehr die Vierer-Koalition ohne die CSU in Bayern regiert. Als gerade vor einem Jahre der Ministerpräsident gegen die Stimmen der CSU gewählt wurde, da gab es Propheten, die dieser Regierung nur eine kurze Dauer voraussagten. "Eine Schande für das Land Bayern", "eine Faschingsregierung", "widernatürliche Unzucht" - das war die Reaktion auf der Seite der Opposition. Die Mehrheit des bayerischen Volkes aber begrüßte diese Regierung, weil damit unter Beweis gestellt wurde, dass es auch ohne jene Partei geht, deren Machtanspruch auf die Führung des Landes im Laufe der Jahre viele Ressentiments hervorgerufen hat.

Im ersten halben Jahr der Regierung wurde das heisseste Eisen der bayerischen Politik, das Lehrerbildungsgesetz, in langen ernsten Beratungen bis zur 2. Lesung im Plenum beschlossen und schliesslich durch die einmütige Zustimmung aller Abgeordneten der Koalition als ein Ausdruck des Mehrheitswillens des Bayerischen Landtags als Grundlage für die Verhandlungen mit der Kirche der Regierung zugeleitet.

Die Verhandlungen mit der evangelischen Kirche zeigen eine sehr günstige Entwicklung. Um so bedenklicher ist, dass der Hl. Stuhl bisher Verhandlungen nicht zu führen bereit ist, obwohl der Art. 15 des Konkordats freundschaftliche Verhandlungen vorsieht, falls bei der Auslegung des Konkordats Meinungsverschiedenheiten auftreten sollten. Es ist sehr deutlich, dass der Hl. Stuhl auf die CSU weitgehend Rücksicht nimmt und der bedrängten Oppositionspartei zu Hilfe kommen will. Für die Koalition ist der Text des Konkordats bestimmend, und falls Verhandlungen abgelehnt werden, muss man neue Wege suchen, um das Lehrerbildungsgesetz in Bayern endlich auch in 3. Lesung zu verabschieden.

In der 2. Jahreshälfte hat die Koalition durch die Vorlage ihres grossen Sonderleistungsprogramms den Beweis erbracht, dass sie über den Rahmen der Etatverpflichtungen hinaus die grossen sozialen Aufgaben in Angriff zu nehmen entschlossen ist. 10.000 Wohnungen für minderbemittelte Mieter, deren Familieneinkommen DM 400.-- monatlich nicht übersteigt, 600 km autofeste Verbindungsstrassen, 100 Mio DM für den Bau neuer Schulräume, das sind 3 Punkte aus diesem Programm,

das bereits angelaufen ist.

#### Unsicherheit der CSU

Die CSU hat während des Jahres als Oppositionspartei keine glückliche Hand gezeigt. Ihrer Kritik an den Massnahmen der Staatsregierung war die Unsicherheit und Ungeklärtheit der innerparteilichen Situation deutlich anzumerken. Da eine Konzeption offenbar fehlt, konnten sich um so leichter jene Kräfte bemerkbar machen, für die die Opposition ihren stärksten Ausdruck im wilden Um-sich-schlagen hat. Neben einer fehlgeschossenen Attacke auf die Personalpolitik des Kultusministeriums hat man sich auf die sog. Spielbankaffäre konzentriert. Noch hat der auch auf Antrag der Koalitionsparteien eingesetzte Untersuchungsausschuss seine Tätigkeit nicht beendet, aber die im wesentlichen abgeschlossenen Zeugenbefragungen machen bereits deutlich, dass die CSU zwar die Ehre von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aufs heftigste angegriffen, dass sie aber in der Beweisführung mehr als mangelhaft operiert hat.

Die CSU hat in der letzten Sitzungswoche des Landtags eine in ihrer Formulierung auch von den Koalitionsparteien nicht gedeckte scharfe Gegenklärung des Bayerischen Innenministers zum Anlass genommen, die gefährlichste Waffe des parlamentarischen Kampfes, die Obstruktion, anzuwenden, obwohl die Bayerische Verfassung jedem Abgeordneten die Teilnahme an den Sitzungen zur Pflicht macht. Aber auch dieses stärkste Mittel des Streiks war ohne Wirkung. Die Koalition geht fester und geschlossener denn je über die Schwelle des neuen Jahres. Diese Kraftproben haben einen bedeutenden politischen Hintergrund und es wäre falsch, in diesen Auseinandersetzungen nur kleinteiliges Parteiengetänk zu sehen. In Wirklichkeit handelt es sich um eine grosse Kraftprobe, die von Seite der Opposition mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln in Szene gesetzt worden ist. Vor der Geschichte ist der Beweis erbracht, dass in Bayern auch ohne die CSU regiert werden kann.

#### Der Staub wird sich wieder legen

Die Entwicklung der Verhältnisse in Bayern ist grösstenteils nur aus den grossen Fehlern erklärbar, die die CSU in den vergangenen Jahren gemacht hat. Die Verkennung ihrer politischen Position und die mangelnde Einsicht in die Notwendigkeiten echter und fairer Zusammenarbeit zwischen den zwei grossen demokratischen Parteien des Landes (CSU und SPD) musste zu dieser Entwicklung führen. Wenn die CSU aus dieser Isolierung herauskommen will, muss sie erst einmal eine Überprüfung der politischen Kräfteverhältnisse im Lande vornehmen. Die Interessen Bayerns, für die sie stets zu kämpfen vorgab, sind auch in dieser Regierung voll gewahrt worden. Der Staub, der durch die Spielbankaffäre und durch die Obstruktion der CSU in die Luft gewirbelt wurde, wird sich wieder zu Boden legen. Wenn die Luft wieder klarer ist, wird man erkennen, dass auch in Bayern sinnvolle Politik nur auf sachlicher Grundlage gemacht werden kann.

Es ist das Bestreben der Sozialdemokratischen Partei, der gegenwärtigen Koalition noch mehr dynamische Kraft zu geben, als sie bereits im vergangenen Jahre sichtbar gemacht hat, denn nach wie vor heisst es für uns: Vorwärts und aufwärts!

Eine gute Wahl

sp. Ein unerfreuliches, fast schon peinliches Kapitel der Bundesrepublikanischen Aussenpolitik wird noch vor Jahresende geschlossen. Nach langem Suchen nach einem geeigneten Kandidaten für den Botschafterposten in Moskau hat sich Bonn für den derzeitigen westdeutschen Botschafter in der Türkei, den Berufsdiplomaten Dr. Wilhelm Haas, entschieden. An der Erteilung des Agreements kann wohl kein Zweifel bestehen. Die Entscheidung liess sich nicht länger hinausschieben, obwohl mächtige Einflüsse wirksam waren, die ganze Angelegenheit auch weiterhin dilatorisch zu behandeln. Das frühzeitige Eintreffen des sowjetischen Botschafters in Bonn setzte solchen Quertreibereien ein Ende, denn die deutsche Öffentlichkeit hätte es nicht mehr verstehen können, dass man in Bonn immer noch weiter suchte, während sich der Vertreter der Sowjetunion am Rolandseck häuslich einrichtete.

Mit der bevorstehenden Ernennung von Dr. Wilhelm Haas zum westdeutschen Beobachter in Moskau scheint diesmal ein guter Griff getan zu sein. Man sagt dem neuen Botschafter Fingerspitzengefühl, eine gute Kenntnis der sowjetischen Politik, Sinn für Tatsachen und eine ausgeprägte Urteilsfähigkeit nach - alles Eigenschaften, die ein Mann auf einem so exponierten Botschafterposten, wie es Moskau ist, haben muss, sollen die seit 1941 durch den Überfall Hitlers unterbrochenen deutsch-russischen Beziehungen wieder in Gang kommen. Das wird ohnehin ein schwieriges Beginnen sein. Der westdeutsche Beobachter in Moskau wird andererseits keine Politik auf eigene Faust machen. Diese Zeit, da Diplomaten die Politik ihres Landes am Ort ihrer Tätigkeit selbst bestimmen, ist im Zeitalter des Parlamentarismus wohl endgültig vorbei. Die Entscheidungen fallen bei den Parlamenten und Regierungen.

So wenig man die Möglichkeiten der deutschen Politik durch die bevorstehende Entsendung eines Botschafters nach Moskau überschätzen darf, so dringend war doch die Ausfüllung dieser Lücke, wie sie durch das Nichtvorhandensein der Bundesrepublik in der Sowjetunion bestand. Als eine der vier Besatzungsmächte, die ein Drittel deutschen Bodens unter ihrer Verfügungsgewalt hält, hat die Sowjetunion ein bestimmendes Wort in der deutschen Wiedervereinigungsfrage zu sagen - ohne ihr Einverständnis wird es keine Wiedervereinigung geben und ohne ihr Mitwirken bleiben die Tore dazu verschlossen.

An diesem Grundelement der internationalen Politik, soweit es um Deutschland geht, hat sich die deutsche Politik zu orientieren. Wir glauben, dass Botschafter Haas, den viele Wünsche begleiten, durchaus der Mann ist, diesen Zusammenhang zu erkennen.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau